



Initiative ist pragmatisch formuliert und will eine zweckmässige Transparenz

Referat von Nadine Masshardt, Nationalrätin SP (BE), Co-Präsidentin Trägerverein

Es gilt das gesprochene Wort.

Liebe Medienschaffende

Im Namen des Bündnisses für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung sowie des Initiativkomitees begrüsse ich Sie zu unserer Medienkonferenz. Heute beginnt die Unterschriftensammlung für die Transparenz-Initiative, was ein besonderer Moment ist. Wir sind überzeugt, dass mehr Transparenz in der Politikfinanzierung das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik fördert und somit unsere Demokratie stärkt.

Was will die Initiative:

Die in der Bundesversammlung vertretenen politischen Parteien sollen künftig gegenüber der Bundeskanzlei jährlich Bilanz und Erfolgsrechnung sowie Betrag und Herkunft sämtlicher Zuwendungen von mehr als 10'000 Franken pro Jahr und pro Person offenlegen. Die Bundeskanzlei veröffentlicht diese Informationen jährlich.

Personen – und damit sind juristische und natürliche Personen gemeint, sprich Komitees, Firmen, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände, Umweltorganisationen etc. -, die im Hinblick auf eine Wahl oder eidgenössische Abstimmung mehr als 100'000 Franken aufwenden, legen gegenüber der Bundeskanzlei Gesamtbudget, Höhe der Eigenmittel sowie Betrag und Herkunft sämtlicher Zuwendungen von mehr als 10'000 Franken pro Person offen.

Die Annahme anonymer Geld- und Sachzuwendungen ist untersagt. Und das Gesetz legt Sanktionen fest.

Ganz kurz, was die Initiative nicht will:

Wir wollen keine Spenden verbieten, sondern Grossspenden ab 10'000 Franken offenlegen. Sprich: grosse Beträge, bei denen direkte Abhängigkeiten entstehen können.

Kleine und mittlere Spenden bis 10'000 Franken müssen also auch in Zukunft nicht offengelegt werden. Wir bauen für den «Durchschnittspolitiker» keine Bürokratie auf.

Weiter fordert unsere Initiative auch keine staatliche Parteienfinanzierung.

Fazit: Die Initiative ist pragmatisch formuliert und will eine zweckmässige Transparenz.

Weshalb lancieren wir die Transparenz-Initiative jetzt?

Wahl- und Abstimmungskampagnen werden immer teurer. Das zeigten uns die nationalen Wahlen 2015 exemplarisch. Trotzdem ist die Schweiz das einzige Land Europas, das die Finanzierung von Parteien sowie Wahl- und Abstimmungskomitees bisher nicht regelt. Die Transparenz-Initiative will dies ändern.

Weiter scheiterten seit den 1970er Jahren diverse Vorstösse im Parlament, die Transparenz forderten. Es ist an der Zeit, dass sich dazu die Stimmbevölkerung äussern kann.

Jüngster Beleg, dass die Bevölkerung sich mehr Transparenz wünscht, ist die Vimentis-Umfrage 2016. Wie in früheren Umfragen sprachen sich auch hier satte 75 Prozent für eine entsprechende Transparenz-Regelung aus. Auch unter den FDP-, BDP- und CVP-Wählern waren die Transparenz-Befürworter deutlich in der Mehrheit.

Wer steckt hinter der Initiative?

Wir sind Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Parteien, Jungparteien, Organisationen und Einzelpersonen, die sich zum «Bündnis für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung» zusammengefunden haben. Von der SP, den Grünen über die EVP und Piratenpartei bis zur BDP. Seit Herbst sind wir daran, die Initiative zu planen und freuen uns, sie heute zu starten.

Wir haben somit unsere Initiative, Hintergründe und Hauptargumente dargelegt. Bevor wir zur Fragerunde kommen, präsentieren wir Ihnen noch die Finanzen in Zusammenhang mit unserer Volksinitiative. Dies im Sinne der Transparenz, auch wenn die Unterschriftensammlung gemäss Initiativtext nicht unter die Offenlegungspflicht fallen würde.

Das Budget des «Bündnis für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung» für die Phase der Unterschriftensammlung sieht folgendermassen aus: Das Budget für die Sammelphase der Initiative beträgt 250'000 Franken, wozu die SP Schweiz mit 180'000 Franken beiträgt. Die übrigen Beiträge liegen unter 10'000 Franken. Falls der Trägerverein Spenden von über 10'000 Franken erhält, werden diese ebenfalls offengelegt.



Transparenz schafft Vertrauen in die Politik und in die PolitikerInnen

Referat von Rosmarie Quadranti, Nationalrätin BDP (ZH), Co-Präsidentin Trägerverein

Es gilt das gesprochene Wort.

Gerade auch als moderne, progressive bürgerliche Partei sind wir für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung. Der Vorstand der BDP sowie die junge BDP haben den Beitritt zum Trägerverein deshalb beschlossen.

Als einziges Land in Europa ist ausgerechnet in der Schweiz die Finanzierung von Parteien und anderen wichtigen politischen Akteuren *nicht* geregelt. Die Bürgerin, der Bürger, kann deshalb oft nur spekulieren, wer hinter einer Kampagne steckt oder wer den Wahlkampf in ein wichtiges politisches Amt mitfinanziert.

Speziell in der Schweiz wissen wir doch, dass Transparenz wichtig ist. Eine Offenlegung grosser Spenden trägt dazu bei, dass das Vertrauen in die Politik erhalten bleibt. Bürgerinnen und Bürger dürfen wissen, wer mitfinanziert. Einerseits bei Kampagnen, weil dadurch transparent wird, wer alles Interesse am Erfolg eines Anliegens hat. Wir wissen ja, ohne Unterstützung sind in der heutigen Zeit kaum mehr Abstimmungen zu gewinnen und auch Initiativen kaum mehr möglich. Ebenso ist Transparenz auch wichtig bei den Wahlkämpfen von Politikerinnen und Politikern.

Als Milizpolitiker sind wir darauf angewiesen, dass wir unterstützt werden. Wenn dem nicht mehr so wäre, würden nur noch gut betuchte Frauen und Männer in politische Ämter gewählt werden können. Um das zu verhindern und um das Milizsystem zu erhalten, braucht es Spenden.

Es braucht auch kein Politiker, keine Politikerin zu verstecken, wer grössere Summen bereit ist in sie resp. ihn zu investieren. Wir nehmen ja nur Geld von Menschen oder Organisationen, Firmen an, zu denen wir auch stehen. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass die Spenden zurückgehen. Denn auch Privatpersonen, Firmen oder Institutionen, die eine ihnen wichtige Sache oder eine ihnen als geeignete Person für ein politisches Amt unterstützen, können ja offen dazu stehen. Warum sollte es hier etwas zu verheimlichen geben?

Und damit der bürokratische Aufwand sich in Grenzen hält, müssen ja – wie bereits erwähnt – nur Grossspenden ab 10'000 Franken offengelegt werden.

Die BDP löst mit dem Einsitz im Co-Präsidium auch ein Wahlversprechen ein. Wir haben versprochen uns einzusetzen für eine praktikable und massvolle Lösung. Die nun lancierte Initiative entspricht diesen Kriterien. Wir erhoffen uns dadurch einen Vertrauensgewinn und einen Beitrag an eine erhöhte Glaubwürdigkeit, an dem sowohl die Empfänger wie auch die Geber von Spenden interessiert sein müssen.

Ich bin sicher, dass Erfolg und Transparenz sich gegenseitig bedingen.



Wieso gerade 10 000 Franken? – Und weitere Details zum Initiativtext

Referat von Claudio Kuster, Co-Initiant Abzocker-Initiative

Es gilt das gesprochene Wort.

Wird eine nationale Volksinitiative zum Thema Politikfinanzierung lanciert, so könnte diese allerhand umfassen: Etwa Spendenbeschränkungen bis hin zu kompletten Spendenverboten, weiter Ausgleichsmechanismen im Hinblick auf die teilweise sehr unterschiedlich hohen Kampagnenbudgets. Oder natürlich die Förderung der staatlichen Politikfinanzierung, die übrigens auch in der Schweiz Usanz ist: Denken Sie nur an die Millionen, die via Steuerabzüge letztlich dem Fiskus entzogen werden.

Warum eine Schwelle von 10 000 Franken?

Von alledem – wir haben solche Desiderata in den letzten Jahren durchaus diskutiert – finden Sie in dieser Transparenz-Initiative jedoch nichts. Wir verlangen, als Minimalstandard quasi, nur die Offenlegung namhafter monetärer Einflussnahme in den demokratischen Willensbildungsprozess. Spendet ein Parteimitglied ein paar hundert Franken an seine Partei oder unterstützt ein KMU mit ein paar Tausend Franken einen Kandidaten oder eine Abstimmungskampagne, so interessiert uns das nicht. Hier überwiegt das private Geheimhaltungsinteresse gegenüber dem Öffentlichkeitsprinzip.

Sind jedoch spätestens *fünfstellige* Spendensummen im Spiel – also mehr als 10 000 Franken –, so tritt ein Abhängigkeitsverhältnis des Begünstigten gegenüber dem Spender hinzu. Eine solch «grosszügige» Spendenbereitschaft geht stets mit einer gewissen Erwartungshaltung einher. Und just diese Verflechtungen gehören in einer Demokratie zwingend offengelegt, in der die Bürgerinnen und Bürger quartalsweise zu zusehends komplizierteren, undurchschaubaren Vorlagen Stellung nehmen müssen – Stichwort Unternehmenssteuerreform II, welche die Economiesuisse mit einem sympathischen KMU-Mäntelchen umhüllte, obschon davon – wie sich später herausstellte – nicht der Bäcker nebenan profitierte, sondern milliarden-schwere, globale Grossinvestoren.

Die Schwelle von 10 000 Franken ergibt sich auch dergestalt, weil in Kantonen wie Neuenburg eine entsprechende Hürde von 5 000 Franken vorherrscht. Auch einige vergangene und hängige kantonale Volksinitiativen sehen 5 000 Franken vor. Es erscheint daher kohärent, wenn wir nun auf Bundesebene eine etwas höhere Hürde wählen.

Wie funktioniert die Offenlegung konkret?

Der persönliche Geltungsbereich der Offenlegung umfasst zunächst die politischen Parteien, die in der Bundesversammlung vertreten sind. Nebst den vier Bundesratsparteien aktuell also auch die Grünen, GLP und BDP, ebenso wie EVP, Lega, PdA, CSPO und MCG. Diese Parteien sollen zusätzlich zu den grösseren Einzelspenden jährlich ihre Bilanz und Erfolgsrechnung publizieren.

Unsere Adressaten sind ebenso Akteure, die sich für die Wahl in den National- oder Ständerat sowie für – oder gegen – eine nationale Volksabstimmung engagieren. Mit «Personen», wie es

im Initiativtext heisst, sind einerseits natürliche Personen gemeint, etwa eine Nationalratskandidatin. Andererseits juristische Personen wie Vereine und Verbände, Referendumskomitees und Stiftungen, Genossenschaften und Aktiengesellschaften. Zusätzlich zu den individuellen Spenden über 10 000 Franken haben solche Akteure *vor* der Wahl oder Abstimmung ihr Gesamtbudget und die Höhe ihrer Eigenmittel offenzulegen, damit diese essenziellen Informationen noch in die Willensbildung der Stimmberechtigten einfließen können.

Kleinere Kampagnen sind wiederum von diesen Transparenzvorschriften befreit, solche, die gesamthaft weniger als 100 000 Franken aufwenden.

Alle erwähnten Offenlegungen haben nicht direkt (etwa durch blosser Auflage im Generalsekretariat) zu erfolgen, sondern via Bundeskanzlei. Letztere führt bereits das 2002 erlassene Parteienregister und ist somit prädestiniert, jenem Register fortan ein bisschen mehr Leben einzuhauchen. Diese zentrale Publikation hat weiter den Vorteil, dass die Informationen rechtzeitig, gut auffindbar und in vergleichbarer Form veröffentlicht werden.

Wer kontrolliert die Offenlegung? Und was sind die Sanktionen?

Grundsätzlich ist die Offenlegung der genannten Beträge fortan eine Bringschuld seitens Parteien, Komitees und Kandidaten. Die Bundeskanzlei wird dieser jedoch Beachtung verschaffen, da sie sich als zukünftig zuständige Amtsstelle ebenfalls verantwortlich zeichnen wird.

Der Gesetzgeber wird in Umsetzung der Volksinitiative (sie ist im Übrigen nicht direkt anwendbar) jedoch Sanktionen festlegen müssen, für den Fall, dass die Offenlegungspflichten umgangen oder missachtet werden sollten. Er ist hier weitgehend frei. Möglichkeiten wären die strafrechtliche Ahndung (insbesondere Busse), parlamentsrechtliche Sanktionen (Kürzung der Entschädigung für entsprechende Parteimitglieder oder Fraktionen) oder fiskalische Konsequenzen (Sistierung der Abzugsfähigkeit entsprechender Spenden). Auch mittels Stimmrechtsbeschwerde könnten etwaige Unregelmässigkeiten gerügt werden.

Verboten, dies sieht der Initiativtext explizit vor, sind jedoch anonyme Spenden. Anonymität ist das pure Gegenteil von Transparenz und wäre geeignet, das Initiativbegehren auszuhöhlen.



La transparence renforce la confiance envers le monde politique

Discours de Guillaume Saouli, co-président du Parti Pirate Suisse

Seules les paroles prononcées font foi.

La formation de l'opinion de nos concitoyen-ne-s mérite-t-elle mieux qu'un paysage politique dont les acteurs masquent leurs intérêts, et refusent la transparence ? Notre démocratie doit-elle souffrir sous le joug du secret et du non-dit ? Non ! Les sommes astronomiques investies dans les campagnes politiques ces dernières années démontrent la nécessité d'avoir une transparence quant au financement de la vie politique suisse.

La transparence renforce notre démocratie directe

Il n'existe nul autre pays au monde dans lequel les citoyennes et citoyens élisent et votent aussi souvent qu'en Suisse. Nous pouvons en être fiers.

Les partis politiques ne sont pas seuls à s'engager dans les campagnes d'élection ou de votation, il y a aussi les associations et les entreprises. Lorsqu'elles sont concernées par un objet, elles le défendent ou le combattent, parfois avec des moyens financiers importants. Jouons cartes sur table : il ne s'agit pas d'interdire les dons. Par contre, nous voulons faire la lumière sur la provenance et le volume des montants concernés.

C'est pour cela que nous demandons par le biais de cette initiative que les partis doivent transmettre à la Chancellerie fédérale leurs comptes, ainsi que l'origine de tout don d'un montant supérieur à 10 000 francs. Les personnes ou comités qui dépensent plus de 100 000 francs pour une campagne sont également tenus de déclarer les dons importants.

La transparence améliore le processus de formation d'opinion

Souvent, il ne suffit pas de posséder de bons arguments : seule la publicité payante dans les journaux, sur des affiches ou sur Internet assure une visibilité et permet de les faire entendre.

Au cours des dernières années, l'impact des moyens financiers à massivement augmenté. Pas étonnant donc que quelques groupuscules investissent aujourd'hui des millions dans les campagnes politiques. Les citoyennes et citoyens, sensés se forger leur propre opinion devraient être à même de savoir ce que coûte une campagne d'élection ou de votation et quel généreux donateur la paie.

C'est pour cela que nous demandons par le biais de cette initiative que les personnes ou comités qui dépensent plus de 100 000 francs pour une campagne soient également tenus de déclarer les dons importants.

La transparence renforce la confiance envers le monde politique

En ouvrant leurs livres de comptes, les partis, associations et organisations montrent qu'ils prennent les citoyennes et citoyens au sérieux. Ils leur offrent la possibilité de se forger leur opinion. Pour ce faire, savoir qui paie quelle campagne est important. Ce n'est qu'en étant bien informé que l'on peut se faire une image claire des intérêts politiques des donateurs et de possibles interdépendances financières.

La transparence renforce la confiance envers le monde politique. Notre système en dépend.

La transparence des partis politiques dans le respect du droit

Au sein du Groupe d'États contre la Corruption (Greco), la Suisse s'est engagée pour améliorer la transparence et lutter efficacement contre la corruption. Aujourd'hui force est de constater que les autorités politiques du pays ne respectent pas les accords qu'elles ont signés. Le Conseil Fédéral s'est engagé dans un bras de fer avec le GRECO pour ne pas suivre sur la voie des réformes. Les recommandations du GRECO sont accessibles et simples à mettre en œuvre :

- *d'introduire, pour les partis politiques et les comptes des campagnes électorales, des règles de comptabilité prévoyant une tenue complète et adéquate des comptes ; (ii) de veiller à ce que les revenus, les dépenses, les éléments de l'actif et du passif soient comptabilisés dans le détail, d'une façon complète et présentés selon un format cohérent ; (iii) d'explorer les possibilités de consolidation des comptes en vue d'inclure les sections cantonales et communales des partis, ainsi que les entités qui leur sont directement ou indirectement liées ou relèvent autrement de leur contrôle ; (iv) de veiller à ce que des informations financières adéquates soient rendues facilement et en temps utile accessibles au public; et (v) d'inviter, le cas échéant, les cantons à adapter leur propre réglementation dans le sens de cette recommandation (recommandation i);*
- *d'introduire une obligation générale pour les partis politiques et les candidats aux élections de communiquer tous les dons reçus (y compris ceux de nature non monétaire) supérieurs à un certain montant ainsi que l'identité des donateurs; (ii) d'introduire une interdiction générale des dons provenant de personnes ou entités omettant de déclarer leur identité au parti politique ou au candidat; et (iii) d'inviter les cantons ne connaissant pas encore de telles mesures à en adopter (recommandation ii);*
- *de rechercher des moyens d'accroître la transparence du financement des partis politiques et des campagnes électorales par des tiers et (ii) d'inviter les autorités cantonales à engager également une réflexion sur ces questions (recommandation iii);*
- *d'assurer une vérification comptable indépendante, dans la mesure du possible, des partis politiques qui seront soumis à l'obligation de tenir une comptabilité et des campagnes électorales et (ii) d'inviter les cantons à faire de même (recommandation iv);*
- *d'assurer de manière effective une supervision indépendante du financement des partis politiques et des campagnes électorales, conformément à l'article 14 de la Recommandation Rec(2003)4 du Conseil de l'Europe sur les règles communes contre la corruption dans le financement des partis politiques et des campagnes électorales et (ii) d'inviter les cantons à faire de même (recommandation v);*
- *que les règles à établir en matière de financement des partis politiques et des campagnes électorales soient accompagnées de sanctions efficaces, proportionnées et dissuasives (recommandation vi).*

Cela fait maintenant plus d'une décennie, que le Conseil Fédéral rechigne à mettre en œuvre ces quelques recommandations du GRECO. Qu'y a-t-il donc à cacher ? Doit-on tolérer plus longtemps le règne opaque de l'argent dans la formation de l'opinion des Suisses ?

Par le biais de notre initiative, nous demandons, ni plus ni moins que l'application des recommandations du GRECO.

La position du Parti Pirate Suisse est claire sur le sujet, et c'est une de nos priorités

« Les parlementaires et leurs partis doivent respecter les normes internationales de transparence et de lutte contre la corruption, et, pour ce faire, la corruption et les pots-de-vin doivent être rendus totalement illégaux. »

Exiger la surveillance totale du citoyen par le biais de moyens orwelliens, mais ne pas vouloir se soumettre au regard du souverain, est-ce là une manière intègre pour les autorités de mener les affaires du pays ? Le Parti Pirate estime que non, et il démontre au quotidien qu'un parti peut et doit être transparent, afin que le citoyen participe pleinement à la construction de notre société.

Il ne s'agit pas d'interdire les dons ou de braquer les projecteurs sur les personnes faisant des dons modestes, mais d'identifier clairement les flux financiers significatifs, permettant ainsi de mieux pouvoir former son opinion en toute transparence.

En conclusion

L'initiative exige que les partis ou comités rendent public leur financement. Les dons anonymes importants sont interdits. Les partis transmettent à la Chancellerie fédérale leurs comptes, ainsi que l'origine de tout don d'un montant supérieur à 10 000 francs. Les personnes ou comités qui dépensent plus de 100 000 francs pour une campagne sont également tenus de déclarer les dons importants. Les chiffres sont rendus publics avant les élections ou votations. Il ne s'agit pas d'interdire les dons ou de braquer les projecteurs sur les personnes faisant des dons modestes.

Un regard sur l'indépendance financière des partis et des comités

Discours de Mathilde Hofer, responsable de projet Session des jeunes

Seules les paroles prononcées font foi.

J'aimerais commencer par quelques aspects de la Session des jeunes. C'est un projet pour la participation politique des jeunes au niveau national. Il réunit chaque année 200 jeunes de 14 à 21 ans à Berne, pour débattre de différents thèmes d'actualité et formuler des revendications politiques.

Cet événement est organisé par de jeunes bénévoles avec l'équipe du CSAJ, et ce sont également ces bénévoles qui font le lobbying politique tout au long de l'année pour soutenir les revendications formulées par les participants et participantes à la Session des jeunes.

Ces revendications sont formulées et promues par les jeunes et permettent donc à leur voix d'être entendue au niveau politique. Ces dernières années, les jeunes ont par exemple élaboré des revendications sur l'asile, la formation, les transports publics ou encore l'obligation de servir.

En 2008, les participants et participantes à la Session des jeunes ont formulé une revendication qui allait justement dans le même sens que l'initiative proposée aujourd'hui. La revendication en question disait ceci :

Nous demandons à la Confédération d'élaborer un projet de loi qui oblige les partis politiques ainsi que les comités à rendre public leurs moyens de financement, en particulier les dons qu'ils reçoivent des personnes morales.

Selon les justifications données à la revendication en faveur de la transparence en 2008, la Session des jeunes considère :

- *Que les moyens financiers figurent parmi les instruments de pouvoir les plus importants en politique.*
- *Que le manque de transparence dissimule les rapports de pouvoir et les influences déterminantes sur la politique des partis ainsi que lors des campagnes électorales et de votations.*
- *Et que la Confédération doit donc tout mettre en œuvre pour créer de la transparence.*

Ceci permettrait aux électrices et aux électeurs d'avoir un regard sur l'indépendance financière des partis et des comités actifs en politique et contribuerait ainsi à rendre les électrices et les électeurs plus compétents.

La Session des jeunes a donc décidé d'être membre de l'Alliance pour plus de transparence dans le financement politique.

Pour ce qui est de l'engagement de la Session des jeunes pour l'initiative, les bénévoles du projet s'engagent à récolter 1000 signatures.